



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 26. November 2025

5451. 2024/560

Postulat von Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 04.12.2024:

Sofortige und konsequente Beseitigung von polizeifeindlichen Schmierereien auf dem gesamten Stadtgebiet

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4050/2024): Es ist eigentlich tragisch, dass wir über diesen Vorstoss diskutieren müssen. Ihr werdet euch dafür rechtfertigen müssen. Die Stadt Zürich ist mittlerweile eine reine Graffiti-Stadt, fast auf jeder Fläche finden sich Schmierereien. Leider gibt es auch viele polizei-feindliche Schmierereien. «ACAB (All cops are bastards)» oder «1312» kann an diesen Wänden gelesen werden. Leider bleiben diese Schmierereien lange stehen. Als ich noch Mitglied der Sachkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE) war, wurde uns erklärt, dass Sprayereien auf Schulhäusern grundsätzlich nicht entfernt würden. Nur rassistische Graffitis werden sofort entfernt. Wenn man im Tagblatt liest, das Aussagen wie «All cops are bastards» oder «Kill cops» unter die freie Meinungsäusserung fielen, kann man nur den Kopf schütteln. Die Stadtpolizei ist täglich für die Stadtbevölkerung unterwegs, riskiert für unseren Schutz und unsere Sicherheit ihr Leben. Sie macht einen sehr guten Job. Die Polizistinnen und Polizisten leisten aufgrund des Personalmangels sehr viele Überstunden und setzen sich unermüdlich für den Schutz der Bevölkerung ein. Solche Sprayereien sind höchst unwürdig. In der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) habe ich einmal einen Standort mit Sprayereien gemeldet: Es dauerte über eine Woche, bis sie entfernt wurden. Die Polizei muss sich also über längere Zeit den Hass auf sie anschauen, obwohl sie sich mit ihrem Leben für uns einsetzt. Ich bin gespannt, wie die Forderung, polizei-feindliche Schmierereien auf dem gesamten Zürcher Stadtgebiet sofort und konsequent zu beseitigen, abgelehnt werden kann. Gerade von jenen Kreisen, für die der Schutz der städtischen Angestellten so wichtig ist.

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 8. Januar 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Das Votum meines Vorredners zeigt sehr gut, wieso dieser Vorstoss von uns abgelehnt wird. Für uns ist nicht klar, wieso für spezifische städtische Angestellte eine Sonderregelung eingeführt werden sollte. Es wurde bereits erwähnt, dass



rassistische Graffitis aufgrund der Rassismusstrafnorm entfernt werden. Das ist wichtig und sinnvoll. Aber grossflächig Graffitis zu entfernen, erschliesst sich für uns nicht. Wo fängt man da an und wo hört man auf? Wieso für polizeifeindliche Schmierereien eine Sonderregelung gelten soll, ist für uns nicht ersichtlich. Es ist hochnäsiger, dass diejenigen Parteien, die beim Budget jede Stelle dieses Themenbereichs anschauen und reduzieren möchten, nun einen enormen Stellenausbau fordern. Eine Umsetzung würde enorm viel Personal benötigen und wäre kaum effektiv, da die Graffitis schnell wieder auftauchen. Das wäre viel Geld für wenig Nutzen ausgegeben, daher lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir führen im Rat nicht das erste Mal eine Diskussion über Graffitis. Die Stadt bietet Privaten ein Angebot zur Reinigung von Hauswänden. Diese Reinigung wird auch bei der eigenen Infrastruktur durchgeführt. Das Postulat fordert, dass Hausfassaden von Personen gereinigt werden, die das vielleicht gar nicht möchten oder spezifische Anforderungen an die Reinigung haben. Deshalb lehnen wir das Postulat ab. Wir können Private nicht dazu zwingen, dass der Staat ihre Fassaden reinigt.

Samuel Balsiger (SVP): Wenn es um Gewalt von links geht, sage ich immer das Gleiche. Wechseln Sie die Perspektive, schauen Sie sich die Sache von der Gegenseite an und überlegen Sie sich, wie Sie reagieren würden. Wir sind unzufrieden, dass Sie sich wieder nicht gegen linksextreme Gewalt aussprechen. Graffitis sind auch eine Form von Gewalt. Diese Haltung zeigt die Einstellung auf Ihrer Seite. Die Anfeindungen gegen Polizisten haben Auswirkungen auf die Stellenbesetzungen. Welcher Polizist möchte sich ständig Anfeindungen aussetzen? Es ist klar, dass die Stellen nicht besetzt werden können. Hier sind Sie mitverantwortlich. Es gehört sich, dass man sich hinter die städtischen Angestellten stellt und diese geschützt werden. Der Stadtrat und der Gemeinderat können einen gewissen Schutz bieten, heute haben Sie die Chance dazu.

Anna Graff (SP): Die SP sieht den Sinn nicht, heute ein Postulat zur sofortigen und konsequenten Entfernung von polizeifeindlichen Schmierereien zu überweisen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Den ersten hat Moritz Bögli (AL) bereits ausgeführt. Wenn das Postulat kein Papiertiger sein soll, wäre es enorm aufwendig zu erfüllen. Dieser Auftrag ginge entweder zulasten anderer Aufgaben oder würde neue Stellen erfordern. Man kann sich fragen, ob es verhältnismässig wäre, Stellen zu schaffen, um Graffitis zu übermalen. Damit kann die Ursache von Polizeifeindlichkeit nicht behoben werden. Die Schmierereien können über Nacht wieder angebracht werden und es kann davon ausgegangen werden, dass es zu einem Seilziehen zwischen Anbringung und Entfernung von Graffitis kommen würde. Ein weiteres Argument hat Sven Sobernheim (GLP) angeht. Es gibt keine rechtliche Grundlage für die Entfernung von Sprayereien durch die Stadt auf privaten Flächen. Bei rassistischen oder queerfeindlichen Sprayereien geht es um Diskriminierungen, die gegen die Rassismusstrafnorm oder andere Strafnormen verstossen. Das ist nicht der Fall bei Tags, die Unzufriedenheit gegenüber Behörden



oder Angestellten der Stadt ausdrücken. Es gibt auch zuhauf Schmierereien gegen Politikerinnen und Politiker. Wir müssen uns als Politiker*innen mehr gefallen lassen als Personen, die aufgrund von rassistischen und queerfeindlichen Äusserungen in Graffitis in ihrer Existenz verletzt werden. Hier braucht es eine Abgrenzung. Deshalb lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab.

Stefan Reusser (EVP): Die Die Mitte/EVP-Fraktion findet es schwierig, wenn polizei-feindliche Graffitis und Tags nicht entfernt werden, sondern länger stehen bleiben. Die Polizei hat einen sehr anspruchsvollen Job und ist immer wieder Angriffen ausgesetzt. Bei der Polizei geht es im Gegensatz zur Politik um eine spezifische Institution, die immer wieder angegriffen wird. Das finden wir schwierig. Aus diesem Grund unterstützen wir das Postulat. Wichtig ist für uns, dass bei Flächen auf privatem Grund nicht einfach die Stadt für die Entfernung aufkommen muss. Das muss angepasst werden.

Andreas Egli (FDP): Man stellt fest, dass auf links-grüner Seite gewisse Schwierigkeiten gegenüber den Polizeikräften unserer Stadt bestehen. Ein Bekenntnis zur Unterstützung und zum Schutz wird nicht abgegeben. Es wird mit Spitzfindigkeiten um sich geworfen. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag, auf dessen Basis der Stadtrat Lösungsvorschläge bietet. Polizeifeindliche Schmierereien sind keine strafrechtlich relevanten Tatbestände, aber es ist eine Frage des Anstands und Respekts. Sie verweisen immer darauf, wie wichtig der Schutz des Personals sei und verstecken sich nun hinter haltlosen Argumenten. Dem Argument, dass nicht spezifisch Polizeikräfte geschützt werden sollen, setzen wir eine von Martina Zürcher (FDP) vorbereitete Textänderung entgegen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gegen städtische Angestellte gerichtete Schmierereien auf dem gesamten Zürcher Stadtgebiet jeweils sofort und konsequent beseitigt werden können.»

Michele Romagnolo (SVP): Wir stellen oft fest, dass es bei Demonstrationen nicht nur friedlichen Protest, sondern Krawall mit Sachbeschädigung gibt. Hausbesitzer und Eigentümer müssen zusehen, wie Fenster zerschlagen und Hauswände verschmiert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass die Verursacher ungeschoren davonkommen. Die Polizei muss regelmässig ausrücken und Überstunden leisten, um andere zu schützen. Das belastet nicht nur Beamte, sondern auch die öffentliche Sicherheit. Wenn es den linken Parteien ernst ist mit dem Schutz öffentlicher Ordnung, sollten sie das Postulat unterstützen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Schmierereien haben eine lange Tradition in der Stadt. Die Entfernung der Graffitis ist nur eine Symptombekämpfung. Man müsste die Ursachen bekämpfen, indem Schmierer die Kosten für die Entfernung tragen müssen.

Moritz Bögli (AL): Die Rechte will ein Lippenbekenntnis für etwas, wofür sie selbst nicht einsteht. Sie will keine besseren Arbeitsbedingungen wie fünf Wochen Ferien oder eine 35-Stunden-Woche für Menschen, die bei der Polizei arbeiten. Das sind wir. Über-



denken Sie, was es wirklich heisst, Respekt gegenüber städtischen Angestellten zu haben.

Stephan Iten (SVP): Die Polizei muss wegen dem Personalmangel Überstunden leisten und Ihr strebt eine 35-Stunden-Woche an. Im Budget kommt von linker Seite der Antrag, Stellen zu streichen, wenn es um die Entfernung von Graffitis geht. Die SVP lehnt diese Anträge konsequent ab. Wir wollen eine saubere Stadt. Sven Sobernheim (GLP) sagt, man könne die Stadt nicht dafür verantwortlich machen, was auf privaten Liegenschaften passiert. Wenn es dort aber rassistische Schmierereien gibt, dann geht es relativ schnell, bis die Stadt Zürich aktiv wird. Dann kann man auch bei polizeifeindlichen Schmierereien schnell aktiv werden. Das Argument ist der Polizei gegenüber respektlos.

Stefan Urech (SVP): Ich durfte am Samstagabend mit der Polizei im Streifenwagen durch mein Quartier fahren und habe mitbekommen, wie viel Hass und Abneigung die Polizei erleben muss. In solchen Momenten spielt die 35-Stunden-Woche keine Rolle. Sie lassen diesen irrationalen Hass gegen die Polizei an den Wänden stehen und befeuern ihn mit Vorstössen zusätzlich. In der Stadt Zürich sehe ich keine rassistischen oder queerfeindlichen Sprayereien, sondern Sprayereien zum FCZ, zu Israel und zur Polizei. Diese werden lange stehengelassen. Obwohl Bürger sich wehren, wird nichts entfernt.

Martina Zürcher (FDP): Die AL operiert mit alternativen Fakten. Ich greife ein Beispiel: Polizistinnen und Polizisten in der Stadt Zürich haben bereits fünf Wochen Ferien. Sie haben vier Wochen Ferien plus sechs Betriebsferientage. Da sie im Schichtbetrieb arbeiten, können sie die sechs Betriebsferientage als Ferientage beziehen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Ich möchte einige Ergänzungen zu den bisherigen Voten machen. Bei vielen ÖV-Betrieben in der Schweiz und im Ausland gibt es die Maxime, dass provokante Botschaften innerhalb von 24 Stunden entfernt werden müssen. Dies hauptsächlich, um Nachahmungstäterinnen und -täter fernzuhalten. Es geht in diesem Postulat nicht darum, dass die Stadt etwas bezahlt oder konkrete Massnahmen ergreift. Es geht darum, einen Anreiz zu setzen und sich Gedanken zu Massnahmen zu machen. Ich habe auch verstanden, dass Beleidigung und Hass nicht gleich Beleidigung und Hass sind, sondern es darum geht, wer beleidigt wird. Für mich ist das Diskriminierung und ich finde es sehr bedenklich. Die Beleidigung von Polizisten ist nicht strafbar, das habe ich auch verstanden. Wenn nun aber beispielsweise «Kill Cops» steht, dann ist das ein Aufruf zu einer Straftat. Spätestens das gilt es zu verfolgen und schnell zu entfernen. Ich sehe Ihre Probleme nicht. In der Stadt Zürich kann man städtische Angestellte also konsequent beleidigen, wenn es aber um Randgruppen geht, dann geht alles oder eben alles nicht.

Das Postulat wird mit 46 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat